

Frostschäden

Sind die Städte schuld an Schlagloch-Misere?

Debatte über Ursachen des schlechten Zustandes vieler Straßen - Wer zahlt nach einer Panne an Fahrzeugen?

VON JOCHEN LORECK



Auf Halles Straßen, zum Beispiel in der Grenzstraße, bilden sich zurzeit reihenweise Schlaglöcher, die den Autos heftig zusetzen. (FOTO: GÜNTER BAUER)

BERLIN/MZ. Die drastische Zunahme der Straßenschäden infolge der jüngsten Frostperiode ist nach Ansicht des Verkehrsexperten der Grünen, Winfried Hermann, vor allem auf Planungsfehler in Städten und Gemeinden zurückzuführen. Hermann, der zugleich Vorsitzender des Bundestags-Verkehrsausschusses ist, sagte der MZ: "Die Kommunen haben vielfach beim Erhalt der Straßen an der falschen Stelle gespart. Allzu oft ist mit kaltem Teer nur notdürftig geflickt worden. Für solche Behelfsausbesserungen gilt dann: Sie halten nur einen Sommer."

Hermann, der aus Baden-Württemberg stammt, kritisierte, dass nicht alle Städte und Gemeinden "ein vernünftiges Baustellen-Management" hätten. Mal werde die Straße wegen der Gasrohre aufgerissen. Dann wieder wegen der Wasserleitung oder wegen neuer Kabel. "Das sieht man dann den Straßen auch an. An den mit kaltem Teer geschlossenen Flickstellen dringt über kurz oder lang Wasser ein. Das gefriert im Winter und macht die Oberfläche kaputt. Geschlossene Fahrbahndecken sind dagegen viel widerstandsfähiger", so Hermann.

Kritisch über den Zustand vieler Straßen äußerte sich auch der ADAC. Deren Verkehrsexperte Wolfgang Kugele machte unter anderem den Schwerlast-Verkehr für die Zunahme der Schlaglöcher verantwortlich. "Beim Lkw-Verkehr gibt es überproportionale Steigerungen. Je schwerer so ein Brummi, umso schneller geht die Straße kaputt", sagte Kugele der MZ.

Die bestehenden Obergrenzen für den Lkw-Verkehr - zulässig ist ein Gesamtgewicht von bis zu 40 Tonnen - müssten unbedingt eingehalten werden. Tatsächlich jedoch übe das Güterfernverkehr-Gewerbe "Druck auf die Politik aus, die Zulassungskriterien heraufzusetzen". Kugele warnte, die Mehrkosten für die Straßen-Ausbesserung auf die Autofahrer abzuwälzen. "Die Autofahrer leisten pro Jahr einen Beitrag von 53 Milliarden Euro für den Staatshaushalt - zum Beispiel durch Mineralölsteuer, Kraftfahrzeugsteuer und Maut." Tatsächlich wende der Staat aber nur 14 Milliarden auf, um die Straßen auszubauen und zu erneuern.

Auf einen weiteren Aspekt verwies die kommunalpolitische Sprecherin der Linkspartei im Bundestag, Katrin Kunert. "Im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes erhalten die Kommunen Hilfen, die sich jeweils nach der Einwohnerzahl bemessen. Dieses Berechnungsverfahren ist ungerecht", sagte die Abgeordnete aus der Altmark. Einwohnerschwache Gemeinden hätten jetzt keineswegs weniger Schlaglöcher zu beseitigen als die mit einer etwas höheren Einwohner-Dichte. Laut Kunert stelle die Finanz-Verteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden die Kommunen "vor nahezu unlösbare Probleme, weil diese nicht über eine verlässliche Grundausstattung verfügen". Wünschenswert sei, dass die Kommunen an den Gesetzgebungsverfahren unmittelbar beteiligt werden. "Die Kommunalpolitiker wissen schließlich am besten, welchen Finanzbedarf sie für einzelne Vorhaben benötigen."